Energie

Personalstreit lähmt Kohlekommission

IMAGO

Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in Brandenburg

● Die Bundesregierung ringt weiter um die Besetzung der Kommission, die den Ausstieg aus der Kohle vorbereiten soll. Eigentlich sollte das Gremium diese Woche im Kabinett abgesegnet werden. Das scheiterte auch daran, dass einer der Kandidaten für die dreiköpfige Leitung, Ex-Umweltstaatssekretärin Ursula Heinen-Esser, abgesprungen ist. Die CDU-Frau wird Nachfolgerin der in Nordrhein-Westfalen zurückgetretenen Landwirtschaftsministerin Christina Schulze Föcking. Außerdem fordern Umweltverbände vehement die Berufung einer vierten Kommissionsspitze, die sich in Sachen Klima und Energie auskennt. Im Gespräch ist die Nachhaltigkeitsexpertin Barbara Praetorius der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft, die beim Thinktank Agora Energiewende stellvertretende Direktorin war.

Über das Mandat haben sich die federführenden Ministerien, Umwelt und Wirtschaft, weitgehend geeinigt. Streit gibt es noch um die Frage, welche Rolle der Bundestag spielen soll. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat sich gegen Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) damit durchgesetzt, Vertreter aller Parteien im Bundestag in die Kommission zu berufen, darunter auch der AfD, die den vom Menschen verursachten Klimawandel negiert. Die Abgeordneten sollen ein Rederecht erhalten, aber nicht mit abstimmen dürfen. Die Kommission soll bis Ende des Jahres ihre Ergebnisse zum Strukturwandel in den Kohleregionen wie etwa der Lausitz vorlegen. GT

Bildung

Forsche Ministerin

● Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) weist die Kritik von Länderkollegen am Nationalen Bildungsrat zurück. Einige Kultusminister hatten ihre Vorschläge, ein Gremium ähnlich dem Wissenschaftsrat aufzubauen, mit Formulierungen wie »bürokratische Nebenregierung fern der Schulwirklichkeit« abgetan. Sie fürchten, dass der Bund den Rat nutzen könnte, um sich in die Bildungspolitik der Länder einzumischen. Nach dem Willen Karliczeks soll der Nationale Bildungsrat Vorschläge erarbeiten, wie die Qualität der Schulbildung zwischen den Ländern angeglichen und transparenter gemacht werden kann. Familien sollten bei Umzügen in ein anderes Bundesland »nicht mehr darüber nachdenken müssen, ob der Schulabschluss dann noch den gleichen Wert hat«, so Karliczek. Sie wolle den Bildungsrat gemeinsam mit den Ländern aufstellen. »Klar hat der Bund auch eigene Vorstellungen, wie ein Nationaler Rat aussehen sollte«, sagt Karliczek. Schließlich gehe es um Impulse für gute Bildung in ganz Deutschland. »Das sollte niemanden überraschen, eher inspirieren.« Ab nächster Woche reist die Ministerin zu ihren Länderkollegen, auch, um ihr Konzept zu erklären. Sie möchte mit ihnen »an einem Strang ziehen«. AKM

Karliczek

F. GAERTNER / PHOTOTHEK.NET / IMAGO

STEFAN BONESS / IPON

Fabrikruine im Kreis Demmin 2011

Zeitgeschichte

Kohl belog Ostdeutsche

● Ex-Kanzler Helmut Kohl hat Jahre vor seinem Tod intern eingeräumt, die Öffentlichkeit über den Zustand der »neuen Bundesländer« im Osten belogen zu haben. Das zeigt die Abschrift eines Gesprächs zwischen Kohl und Beratern am 22. Oktober 1999. Es geht darin um sein berühmtes Wahlkampfversprechen 1990, aus den neuen Ländern würden »in drei, vier Jahren blühende Landschaften«. Tatsächlich erlebte jedoch der Osten Deutschlands die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945. Rückblickend erklärte Kohl, sein Wahlkampfversprechen sei ein »Fehler« gewesen. Er habe »natürlich« gewusst, dass die DDR-Wirtschaft »marode« sei. O-Ton Kohl: »Wir haben die miese Lage bewusst nicht – das war nicht zufällig, wir haben darüber diskutiert – wir haben bewusst, wie wir glaubten, psychologisch richtigerweise, die Negativzahlen nicht hochgespielt.« Er habe das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen nicht schädigen wollen, erklärte er seinen Vertrauten. Noch in seinen »Erinnerungen« von 2007 behauptet er dagegen, Opfer der SED-Propaganda geworden zu sein. Die DDR-Führung habe ihn und die Welt »über die wahre Wirtschaftskraft des DDR-Sozialismus hinweggetäuscht«. KLW